

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

6.3.1891 (No. 64)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 6. März.

№ 64.

Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Selber frei.

1891.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 5. März.

Die Präsidentenwahl in der italienischen Deputirtenkammer hat sich nicht, wie es anfangs den Anschein hatte, zu einer entscheidenden Abstimmung gestaltet; vielmehr vollzog sich die Wiederwahl des bisherigen Präsidenten Biancheri ohne Widerspruch. Darnach war die nächste Gelegenheit zu einer Abstimmung, aus welcher man sich ein Urtheil über die Mehrheitsverhältnisse in der Kammer bilden könnte, die Wahl der Budgetkommission. Vorgestern fand die Wahl von neun neuen Mitgliedern in die Generalkommission für das Budget statt. Endgiltig wurde nur einer von den Kandidaten gewählt; es sind somit acht Stichwahlen erforderlich. Indessen läßt das bei den Wahlen zu Tage getretene Stimmenverhältniß doch eine annähernde Schätzung der Mehrheit zu, über welche das Cabinet Rudini in der Kammer verfügt, und die italienischen Blätter beziffern diese Mehrheit auf 30 bis 35 Stimmen. Namentlich infolge der regierungsfreundlichen Stellungnahme der piemontesischen Abgeordneten erscheint die Stellung des Ministeriums befestigt. Crispi verfügt, nach einer römischen Meldung, nur über 130 Anhänger in der Kammer. Es hängt wohl mit der aus den vorgestrigen Wahlen hervorgegangenen Klarstellung der Mehrheitsverhältnisse in der Kammer zusammen, daß Crispi, wie heute aus Rom berichtet wird, seine Interpellation über die auswärtige Politik des Ministeriums Rudini verschoben hat. Eine solche Interpellation ist übrigens von anderer Seite eingebracht worden. Dieselbe kam gestern zur Verathung. Ein Telegramm besagt darüber: In der Deputirtenkammer wurde die Interpellation des Abg. Ferraris Lucifero vom Ministerpräsidenten dahin beantwortet, er werde an der bisherigen Politik der Regierung festhalten und den Dreißigern weder schwächen noch lösen. Er bedauere, daß in dieser Richtung Zweifel überhaupt aufgetaucht seien. Daß ein Zwiespalt in den Beziehungen Italiens zu Frankreich entstanden sei, sei unwahr; der Dreißigern sei kein Werkzeug des Krieges. Ferner erklärte Rudini, die Regierung werde das Gleichgewicht im Mittelmeer aufrecht halten. Frankreich habe in loyalster Weise Maßregeln getroffen, um der Wiederkehr ähnlicher Ereignisse, wie der in Tripolis geschehenen, vorzubeugen. Die russische Expedition nach Abessinien, die von der St. Petersburger Geographischen Gesellschaft organisiert wurde, bestehe aus vier Personen und verfolge rein wissenschaftliche Zwecke. Die vornehmste Aufgabe der Regierung sei es, finanzielle Ersparnisse zu erzielen. Die auswärtige Politik Italiens werde auch künftig bestrebt sein, den Frieden in Europa und die Sicherung des Erworbenen in Afrika aufrecht zu erhalten.

In Canada finden heute die Neuwahlen zum Unterhause statt. Es ist demselben bekanntlich ein überaus heftiger Wahlkampf zwischen den „Konservativen“ und den „Liberalen“, d. h. zwischen den Anhängern des Premierministers Sir J. Macdonald und der Opposition vorgegangen. Macdonald selbst nahm an diesem Kampfe so thätigen Antheil, daß er infolge von Ueberanstrengung krank geworden ist. Die Leidenschaftlichkeit des Parteikampfes wurde, wie wir wiederholt berichtet haben, namentlich dadurch herbeigeführt, daß die ministerielle Partei ihren Gegnern vorwarf, sie arbeiteten auf den Anschluß Canada's an die Vereinigten Staaten von Nordamerika hin. Auf „liberaler“ Seite ließ man es noch in den letzten Tagen vor der Wahl nicht an energischen Protesten gegen diesen Vorwurf fehlen. Einer der Führer der Opposition, Sir Richard Cartwright, vertheidigte sich neulich in Toronto gegen die Beschuldigung, er habe sich eines Komplotts schuldig gemacht, Canada an die Vereinigten Staaten zu verkaufen. Das Gerücht sei auf folgende Weise entstanden: Vor etwa einem Jahre sei er Gast der New-Yorker Handelskammer gewesen. Auf dem ihm zu Ehren gegebenen Festmahle habe er sich über die Vortheile auf Gegenseitigkeit begründeter Handelsbeziehungen verbreitet, ausdrücklich habe er aber betont, daß das canadische Volk, so sehr es die Wohlthaten dieses Systems einsehe, niemals seine politische Freiheit wegen kommerzieller Vortheile opfern würde. Damals wie jetzt habe er der Ansicht gehuldigt, daß der größte Dienst, welchen Canada dem britischen Reiche erweisen könne, darin bestünde, enge Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu unterhalten; daraus werde ein freundschaftliches Bündniß zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten erwachsen. In Washington habe er damals diese Ansicht, einer Einladung des Kongreßabgeordneten Butterworth folgend, im Beisein mehrerer Senatoren, u. A. des Senators Sherman, wiederholt. Die anwesenden amerikanischen Staatsmänner hätten ein-

müthig erklärt, daß die Vereinigten Staaten ein derartiges Entgegenkommen Canada's freundlich aufnehmen würden. Das sei Alles, was seinen sogenannten Hochverrath begründe. Nach den Äußerungen Macdonalds und seiner Freunde ist die Sache indessen nicht so harmlos. Das canadische Unterhaus zählt 215 Mitglieder und das aufgelöste Haus bestand aus 132 Ministeriellen und 83 Liberalen. Daß die Liberalen einen Machtzuwachs erhalten werden, gilt allgemein für sicher. Eine angefertigte Wahrscheinlichkeitsrechnung gelangte zu dem Ergebnisse, daß aus der Wahl 112 Konservative und 103 Liberale hervorgehen würden. Das wäre allerdings eine winzige Majorität für Sir J. Macdonald.

Deutschland.

* Berlin, 4. März. Seine Majestät der Kaiser arbeitete heute mit dem Chef des Civilkabinetts, Geheimen Rath v. Lucanus, empfing den Erbprinzen des Fürstenthums Essen, Kammerherrn Freiherrn v. Vietinghoff-Scheel, und eine Deputation des Ausschusses zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals in Audienz.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz über die Vereinigung Helgolands mit Preußen.

Das Kreuzergeschwader, bestehend aus S. M. Schiffen „Leipzig“, „Alexandrine“ und „Sophie“, sowie das Kanonenboot „Wolf“, beabsichtigen morgen von Hongkong nach Mirsabay, S. M. Kanonenboot „Iltis“ heute von Tientsin nach Chefoo in See zu gehen.

Dem Bundesrath ist eine im Reich Eisenbahnamt ausgearbeitete Denkschrift, betreffend Ergänzung und Abänderung der Bestimmungen im § 48 des Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands, vorgelegt worden. Es handelt sich dabei um die Beförderung von Salon- und Paraffinstreichhölzern, worüber preussische und sächsische technische Deputationen zu Gutachten veranlaßt worden waren. Das Reichs-Eisenbahnamt hat sich dafür ausgesprochen, daß die in Bezug auf die Verpackung jener Hölzer zu stellenden Anforderungen auf dasjenige Maß beschränkt bleiben, welches die Betriebssicherheit unbedingt erfordert, und daß nicht ohne zwingende Gründe Anordnungen getroffen werden, welche die Beförderung des Artikels in hohem Grade erschweren würden, und demgemäß beantragt, beim Bundesrath eine entsprechende Aenderung des § 48 des Betriebsreglements sammt Anlage befürwortet.

Im Reichstage denkt man die zweite Lesung des Etats spätestens Ende dieser Woche zum Abschluß zu bringen. Alsdann sollen einige kleinere Gegenstände erledigt und darauf die dritte Lesung des Etats vorgenommen werden. Von dem Verlaufe derselben wird es abhängen, ob es lohnend erscheint, vor den Osterferien die Verathung der Gewerbeordnungsnovelle noch einmal aufzunehmen, da an einen Abschluß der zweiten Lesung vor Ostern wohl nicht zu denken ist.

Der vom Abg. Goldschmidt erstattete Bericht der Reichstagskommission zur Vorberathung des Gesetzes betreffend die Abänderung des Patentgesetzes ist zur Vertheilung gelangt.

Das amtlich ermittelte Resultat der am 28. Februar stattgehabten Reichstagswahl im 2. Wahlkreise Saalfeld-Sonneberg ist folgendes. Es entfielen von den abgegebenen 16 404 Stimmen auf den Senator Dr. Friedrich Witte aus Rostock (Dfr.) 8 754 Stimmen. Derselbe ist somit gewählt. Gegenkandidat war der Schneidermeister Paul Reiffhaus (Soz.) aus Erfurt.

Bekanntlich ist im Reichstagswahlkreise Marienwerder, dessen Mandat durch die Ernennung des früheren Oberbürgermeisters Müller zum Syndikus der Reichsbank erledigt ist, von einem großen Theil der deutschen Wähler die Kandidatur des Staatsministers a. D. Hobrecht in Aussicht genommen. Von anderer Seite ward bisher die Wiederanstellung des Herrn Müller empfohlen. Wie die „Post“ berichtet, hat derselbe jetzt die Annahme der Kandidatur mit Rücksicht auf seine Amtsgeschäfte abgelehnt. Es ist zu hoffen, so bemerkt die „Nationalzeitung“, daß nun alle deutschen Wähler des Wahlkreises ihre Stimmen auf Herrn Hobrecht vereinigen, da beim Auseinandergehen der Deutschen der Sieg des polnischen Kandidaten unvermeidlich wäre.

Am Neubau des Reichstagsgebäudes sind jetzt die Arbeiten in vollem Umfange wieder aufgenommen worden, nachdem sie nicht bloß während der Frostperiode hatten unterbrochen werden müssen, sondern auch noch nach dieser geruht hatten, weil die nach Hunderten zählenden Arbeiter in den Steinbrüchen in Schlesien, Sachsen und dem Rhein das erforderliche Material nicht hatten zu Tage fördern können. Das Schwerkriegs der Thätigkeit ruht jetzt im Innern des Baues, nachdem der Rohbau bis auf die einzelnen Stellen vorbehaltenen Sandsteinbekleidung fertiggestellt ist. Für die hohe, gewaltige Kuppel,

welche den Bau weithin überragt, ist die Eisenkonstruktion, mit deren Aufbringung die Eisengewerkschaft „Cyclop“ betraut war, vollendet.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Verathung des Einkommensteuergesetzes fort. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag v. Jagow mit 184 gegen 160 Stimmen angenommen; nach demselben sind die Aktienzinsen und die Dividenden nach Abzug von 3/4 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals steuerpflichtig. Bezüglich der Aufhebung der Privilegien der Reichsunmittelbaren erklärte der Finanzminister, die Regierung halte sich für verpflichtet, so bald als möglich eine entsprechende Vorlage, verbunden mit der Entschädigungsfrage, einzubringen. Das Haus beschloß noch, die Pensionen u. v. Kriegsinvaliden steuerfrei zu lassen.

Während die französische Regierung beschlossen hat, die Einladung zur offiziellen Beteiligung an der Weltausstellung in Chicago anzunehmen, nachdem die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich auch ihrerseits an der Pariser Ausstellung beteiligten, hat die deutsche Regierung ihre Entscheidung bekanntlich von der Stellungnahme der deutschen Industrie zu dem Ausstellungsprojekte abhängig gemacht. Einstweilen liegt das vom Aeltestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft erstattete Gutachten vor. Das Aeltestenkollegium spricht sich für die Beteiligung an der Ausstellung in Chicago im Jahre 1893 aus. Es beschloß, den preussischen Handelsminister zu bitten, auf die Ernennung eines Reichskommissars und auf Erleichterungen bezüglich der Frachten u. hinzuwirken.

Dem „Reichsanzeiger“ zufolge ergaben die polizeilichen Erhebungen, die über den Umfang der Arbeitslosigkeit in Berlin angestellt worden sind, als die höchste Ziffer der Arbeitslosen während dieses Winters 20 000. Diese beschäftigungslosen Leute waren überwiegend Bauhandwerker oder Arbeiter, deren Beschäftigung mit der Bauhätigkeit zusammenhängt. Die Zahl ist etwa um ein Drittel höher als in der entsprechenden Jahreszeit früherer Jahre. Der Grund für die vermehrte Arbeitslosigkeit liegt vorzugsweise in den diesjährigen Witterungsverhältnissen, dann in dem Zugung fremder Arbeiter, endlich in vermehrter Arbeitslosigkeit verbunden mit Mangel an Vertrauen der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern infolge des vorjährigen Streikes. Sonach liege allerdings eine bedauerliche Zunahme der Arbeitslosen vor, jedoch kein außergewöhnlicher Nothstand, die Zahl der Arbeitslosen ist vielmehr in den sozialdemokratischen Versammlungen und Zeitungen ungemessen übertrieben worden.

Das Wolff'sche Bureau nimmt von einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ Notiz, der zufolge in dem benachbarten Orte Friedrichshagen ein dort logirender Russe Frisca unter dem Verdacht der Theilnahme an der Ermordung des russischen Generals Seliverskoff verhaftet worden sei.

Hamburg, 4. März. In einer heute abgehaltenen Versammlung der Heizer und Trimmer wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Streik aufzugeben. Solche Ausständige, die nicht alsbald zurückfinden, sollen noch 14 Tage lang unterstützt werden. Die Meldungen mehrerer Blätter gegenüber, daß einige ausländische Filialen der Hamburger Cigarrenfabrik die Arbeit eingestellt hätten, wird dem „Hamburger Korrespondenten“ mitgetheilt, daß in drei inländischen Filialen, in Herford, Minden und Rehme, im Ganzen 122 Arbeiter sich mit den Hamburger Arbeitern solidarisch erklärt hätten. Die Läden seien jedoch größtentheils wieder ausgefüllt und die Zahl der von den Hamburger Fabrikanten im Inlande beschäftigten Arbeiter ist auf Tausende angewachsen.

Weimar, 4. März. Morgen tritt der Landtag des Großherzogthums Sachsen zusammen. Unter den Vorlagen von größerer Bedeutung, die dem Landtag alsbald nach seiner Eröffnung zugehen werden, befindet sich ein Ministerialdekret, daß den Staatsdienern und ständigen Hilfsarbeitern, deren gesamtes Dienstverdienst einschließlich der ständigen Nebenbezüge 2 500 M. nicht übersteigt, für jedes der beiden Jahre 1891 und 1892 eine einmalige Theuerungszulage von 5 Proz. des Baareinkommens gewährt werden soll. Der dazu erforderliche Geldbetrag beläuft sich auf 54 000 M. jährlich. Ein weiteres Ministerialdekret beantragt für die Jahre 1891 und 1892 den Volksschullehrern, die provisorisch angestellt sind, eine einmalige Besoldungszulage von 50 M., den festangestellten Lehrern, soweit sie nicht ein Gehalt von über 2 550 M. beziehen, eine solche von 65 M. zu gewähren. Der dazu vorgelegene Betrag bezieht sich auf 42 000 M. jährlich. Ein drittes Ministerialdekret endlich bezieht sich auf die Entschädigung der durch das Hochwasser im Herbst v. J. angerichteten Schäden. Darnach beantragt die Regierung die Bewilligung einer Summe von 140 000 M.

